

**Bundesrat**

**Drucksache 884/09**

**15.12.09**

FS - FJ - Fz

**Gesetzesantrag**  
der Länder Bayern, Saarland

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs**

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 15. Dezember 2009

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Bürgermeister  
Jens Böhrnsen  
Präsident des Senats der  
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bayerische Staatsregierung und die Landesregierung des Saarlandes haben beschlossen, dem Bundesrat den

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs

mit dem Antrag zuzuleiten, dass der Bundesrat diesen erneut gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG im Bundestag einbringen möge.

Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat in seiner 844. Sitzung am 23. Mai 2008 beschlossenen Fassung in

Drucksache 225/08 (Beschluss),

die der Deutsche Bundestag wegen des Ablaufs der 16. Legislaturperiode nicht mehr abschließend behandelt hat. Von einer erneuten Beifügung der Vorlage wird deshalb abgesehen.

Mit Rücksicht auf geringfügigen Aktualisierungsbedarf aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Entwicklungen bitte ich darum, den Gesetzentwurf zunächst den Ausschüssen zur erneuten Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Seehofer